

1. Wettbewerbsfähigkeit:

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen legt die Basis für ein tragfähiges Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung.

Nennen Sie Ihre TOP 3 Maßnahmen, mit denen Sie die Rahmenbedingungen für die hessischen Unternehmen wettbewerbsfähiger machen wollen?

Wirtschaftspolitischen Stellschrauben auf Landesebene konzentrieren sich auf Förderprogramme:

1. Förderprogramme werden an Erfolgskontrolle gebunden und im Zeitverlauf nur die mit dem höchsten Nutzen pro Euro fortgeführt.
2. Statt immer mehr Beratungsprogramme aufzusetzen, die den Abruf staatlicher Fördermittel vergrößern, wird ein Beratungsprogramm aufgelegt, das KMU dabei hilft, Dokumentationspflichten zu erfüllen, falls Konzerne die Regulierungsanforderungen (CSRD, Lieferkettengesetz, etc...) an die KMU weiterreichen.
3. Konsequente Ausgabenkritik, um effektiven Einsatz von Steuerzahlergeld und Einhaltung der Schuldenbremse zu gewährleisten.

2. Duale Berufsbildung

Obwohl Ausbildungsberufe nach bundeseinheitlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen, unterscheidet sich der Unterricht, die Ausstattung und das Know-how von Lehrkräften. Insbesondere Unternehmen mit vielen Niederlassungen stellt das vor Herausforderungen.

Wie werden Sie dafür sorgen, dass es einen landesweit einheitlichen hohen Standard für Ausstattung und Infrastruktur an Berufsschulen gibt, um für gleiche Ausbildungsverhältnisse in bundesweit einheitlichen Ausbildungsberufen zu sorgen?

Die Bildungssituation vor Ort ist zu oft von den Finanzen der Kommunen bzw. Landkreise als Schulträger abhängig. Generell muss das Land den Kommunen mehr zweckfreie Mittel zur Verfügung stellen, damit diese subsidiär und bürgernah entscheiden können. Davon profitiert auch die Bildungsinfrastruktur und die Gemeinden bleiben durch ein breites schulisches Angebot attraktive Standorte für Schüler, Lehrer, Azubis und Unternehmen. Daher sind wir auch gegen eine Zusammenlegung von Berufsschulstandorten in Hessen.

Um dem Lehrermangel an Berufsschulen zu begegnen, setzen wir uns für ein Lehramtsqualifizierungsstudium für Handwerks- und Industriemeister ein.

3. Fachkräftesicherung

Die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland ist ein wesentlicher Hebel zur Linderung des Fachkräftemangels. Im Zuge unserer Beratung der Unternehmen bei der Fachkräfteeinwanderung sind Verbesserungsmöglichkeiten offensichtlich geworden.

Wie stehen Sie der Forderung zur Einführung einer Zentralen Ausländerbehörde gegenüber? Wenn nein, welche anderen Ansätze sehen Sie, um die Verwaltungsprozesse (im Einflussbereich des Landes) bei der Fachkräftezuwanderung zu vereinfachen?

Eine Zentralisierung der Ausländerbehörden sehen wir skeptisch, weil sie an den Kernproblemen wenig ändern und die Lasten nur verlagern würde. Personalmangel kann aufgrund der Komplexität des Ausländerrechts nicht kurzfristig durch Zentralisierung gelindert werden. Viele andere Fragen können vor Ort aber besser entschieden und umgesetzt werden.

Die Einführung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Fachkräfte, beispielsweise nach bayerischem Vorbild, sehen wir jedoch als sinnvoll an.

Ob dadurch mehr erfolgreiche Migration in den Arbeitsmarkt gelingt, bleibt aufgrund der Standortnachteile Deutschlands (z.B. Steuer- & Sozialabgabenlast) abzuwarten.

4. Infrastruktur:

Die Stärke der Hessischen Wirtschaft und damit auch unser Wohlstand ist auch davon abhängig, ob die Hessischen Unternehmen ihre Produkte reibungslos bis zu ihren Kunden transportieren können.

Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass der Gütertransport in Hessen schnell und zuverlässig läuft, damit Unternehmen in Hessen nicht in ihrer Wertschöpfung ausgebremst werden.

Gerade für ein Transitland wie Hessen mit strategischen Verkehrsknotenpunkten ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur essentiell für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei muss Verkehrspolitik pragmatisch den Bedürfnissen von Bürgern und Unternehmen folgen und nicht Volkspädagogik und Verkehrserziehung betreiben. Das heißt, der aktuelle und seriös prognostizierte Modal-Split ist entscheidend und nicht die Präferenzen der Parteien, egal wie groß die Liebe zu Lastenfahrrädern sein mag.

Sowohl Schienen- als auch Straßennetz benötigen mehr öffentliche Mittel. Das Deutschland-Ticket, das Einnahmen senkt und Nachfrage erhöht, ist kontraproduktiv.

5. Flächenbedarf

In vielen Regionen Hessens werden die Gewerbeflächenpotenziale immer knapper und hemmen somit die Entwicklung für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen. Fach- und Arbeitskräfte finden kaum noch verfügbaren und beziehbaren Wohnraum.

Wie wollen Sie landespolitisch eine strategische Flächenentwicklung für Gewerbe und Wohnen in Hessen konkret voranbringen?

Flächenentwicklung bedeutet für Kommunen zunächst hohe Investitionen und erst langfristig Zusatzerträge. Mehr freie und nicht zweckgebundene Mittel für die Kommunen sind hier der Schlüssel.

Wir brauchen eine Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Gerade die für die Standortattraktivität wichtigen Steuern, wie Grunderwerbs- und Gewerbesteuer wollen wir senken, die Grundsteuer abschaffen.

Staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt haben diesen für viele private Investoren und Kleinvermieter unattraktiv gemacht. Die jüngsten Gesetzesvorhaben der Ampel schüren weitere Unsicherheit bei Eigentümern, die Wohnungsbau verhindert.

6. Energie

Erhebliche Preissteigerungen für Energie bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt kaum voran. Hessen bleibt, wie kein anderes Flächenland, auf Energieimporte angewiesen. Und dass bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf.

Mit welchen Strategien zur klimaneutralen Stromerzeugung wollen Sie der Verdreifachung des Strombedarfs begegnen und ausreichende Mengen von Wasserstoff dem Markt zur Verfügung stellen?

Die wissenschaftliche Basis des „menschengemachten Klimawandels“ ist keineswegs gesichert. „Klimaneutralität“ durch „Dekarbonisierung“ wird sich daher als wirkungslos, aber unfassbar teuer erweisen.

Die „Erneuerbaren Energien“ können ohne großtechnisch verfügbare und bezahlbare Stromspeicher keine Versorgungssicherheit gewährleisten und verteuern im Ergebnis die Stromversorgung. Deutschland hatte 2021 vor dem Krieg die höchsten Industrie- und Gewerbestrompreis in Europa.

Wasserstoff als „Energiepuffer“ löst diese Probleme nicht, sondern erzeugt neue.

Die Zukunft gehört der Kernkraft – viele Nachbarländer haben das bereits begriffen und steigen ein.

7. Nachhaltigkeit

Die derzeitigen Gesetzgebungsverfahren der EU wie die EU-Taxonomie, die CSRD-Richtlinie, Sustainable Finance und schließlich auch das Lieferkettengesetz stellen Unternehmen vor große Herausforderungen.

Was wollen Sie tun, um diesen praxisfernen und bürokratischen Vorgehensweise Einhalt zu bieten, um insbesondere – aber nicht nur – kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten?

Die EU-Taxonomie zielt auf eine „Planwirtschaft 2.0“, sodass perspektivisch nur noch „staatlich gewünschte wirtschaftliche Aktivitäten“ in der EU stattfinden, die angeblich „nachhaltig“ sein sollen. Diese Regulierung belastet nicht nur Konzerne, sondern auch KMU!

Außerdem kommt dieser „Regulierungs-Tsunami“ zur Unzeit, denn Energiepreise und Inflation belasten die Unternehmen schwer. Die Folge sind starke Anreize zur Produktions- oder gar Betriebsverlagerung.

Wir halten es wirtschafts- und sozialpolitisch, aber auch umweltpolitisch für geboten, Produktion in Deutschland zu halten, da praktisch überall auf der Welt die Umweltstandards niedriger sind.